

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

18.00 Uhr - 21.05 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt - Vorsitzender -
I. Bürgermeisterin Lina Meyer
II. Bürgermeister Eiwin Scholl
Ratsherr Hans Abels
Ratsherr Dieter Dilling
Ratsherr Hans Grigull
Beigeordnete Helga Grix
Beigeordneter Hans-Dieter Haase
Ratsfrau Inge Hoffmann
Ratsherr Horst Jahnke
Ratsherr Richard Janssen
Ratsherr Wilhelm Jerems
Beigeordneter Wilhelm Leeker
Ratsherr Rico Mecklenburg
Ratsherr Friedhelm Merckentrup
Ratsfrau Elfriede Meyer
Ratsherr Ihno Slieter
Ratsherr Johann Südhoff
Beigeordnete Jenny Tamminga
Ratsherr Johann Wessels
Ratsherr Richard Woldmer

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherr Ahlrich Groeneveld
Ratsherr Reinhard Hegewald
Ratsherr Uwe Hellmann
Beigeordneter Heinz Werner Janßen
Ratsfrau Sieglinde Kaune
Ratsherr Nils Köhler
Ratsherr Werner Vollprecht

(bis 19.25 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken
Beigeordnete Christine Schmidt-Reinders
Ratsherr Günter Strelow
Ratsherr Hermann Züchner

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

F.D.P.

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsherr Erich Bolinius

(bis 19.25 Uhr)

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Ludwig Hemken
Stadtbaurat Jan Röttgers
Stadtrat Ewald Fürst
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt
Stadtangestellte Ursula Pientka

ca. 50 Zuhörer
Vertreter der örtlichen Presse

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Kleinschmidt eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Ratssitzung sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

Er gratuliert Frau Inge Hoffmann und Herrn Richard Woldmer nachträglich zum runden Geburtstag und überreicht ihnen einen Blumenstrauß.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 16.12.1999 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/1153
Unterstützung Sportverein BSV Kickers e. V.

Herr Hemken bezieht sich auf die ausführliche Beratung dieses Punktes im Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 17.02.2000 sowie im VA am 21.02.2000 und gibt die Beschlussempfehlung bekannt.

Herr Jahnke bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, dass der BSV Kickers in den letzten Monaten eine sehr positive sportliche Entwicklung genommen habe. Nicht zuletzt durch das öffentliche Engagement des Emders VW-Werkes scheine der Verein auf dem Wege zu

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

sein, auch wirtschaftlich wieder ruhigeres Fahrwasser zu erreichen. Seine Fraktion begrüße es ausdrücklich, dass VW nicht nur finanzielle Mittel zur Verfügung stelle, sondern auch personelles Know How in den Verein einbringe.

Der Verein möchte, dass die Stadt den sogenannten B-Platz für 300.000 DM zurückkaufe und zusätzlich ein Darlehen in Höhe von 450.000 DM zur Verfügung stelle, um die darauf bestehenden Grundschulden abzulösen. Als dingliche Sicherheit für das Darlehen würden dafür vom Vorstand die Bauteile auf fremden Grundstücken (Tribüne) oder das Vereinsheim angeboten.

Man sehe sehr wohl die damit verbundenen Risiken und sei sich der Verantwortung auch gegenüber den vielen anderen Sportvereinen in der Stadt bewusst. Der BSV Kickers mit seiner Oberligamannschaft sei jedoch auch ein wichtiger Werbeträger für die Stadt Emden, und letztlich hätten die Vereinsvertreter mehrfach betont, dass sie nichts von der Stadt geschenkt haben wollten.

Vor diesem Hintergrund stimme seine Fraktion heute zu, die Verwaltung zu beauftragen, nach Möglichkeiten zu suchen, den Verein bei der Bewältigung seiner Probleme in einem vertretbaren und rechtlich zulässigen Umfang zu unterstützen.

Abschließend möchte er betonen, dass eine wichtige Voraussetzung für die Zustimmung die Einreichung der kurzfristig zugesagten testierten Abschlussunterlagen zum 30.06.1999 und des Teilabschlusses zum 31.12.1999 seien. Man gehe davon aus, dass sich die bisher gemachten Aussagen der Vereinsführung des BSV-Kickers in dem Zahlenmaterial entsprechend bestätigten.

Herr Bongartz führt aus, am Montag seien die Vertreter des BSV Kickers zugegen gewesen, und der VA habe seine Forderungen ausführlich dargelegt. Es gehe darum, eine von einem Wirtschaftsprüfer erstellte Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1999 vorgelegt zu bekommen, was vom Verein auch zugesagt worden sei.

Es sei immer schlimm, wenn ein Verein sportliche Erfolge erziele, ihm aber die Schulden über den Kopf wüchsen, so dass auf Dauer die Mannschaften unter diesem Zustand litten. Der Rat habe sich deshalb zu einer Hilfsaktion entschlossen. Dafür sei vor allem ausschlaggebend gewesen, dass der Verein viele Jugendspieler betreue und insgesamt 22 Mannschaften habe. Diesen Spielbetrieb habe man nicht gefährden, sondern im Rahmen der Möglichkeiten dazu beitragen wollen, dass es weiterlaufe und auch das Finanzielle sich zum Positiven wende.

Herr Renken erinnert daran, dass der Rat im vergangenen Jahr nicht bereit gewesen sei, die 450.000 DM zur Verfügung zu stellen. Nunmehr sei die Vorlage testierter Unterlagen angekündigt worden, und der Beschlusssentwurf trage dieser Situation Rechnung. Insofern handele es sich um eine Absichtserklärung, die an bestimmte Bedingungen geknüpft sei. Die Bezirksregierung habe in dieser Sache ebenfalls ein Wort mitzureden.

Herr Bolinius führt aus, im Sommer letzten Jahres sei ihm an einem Samstagmittag vom Oberbürgermeister gesagt worden, der VA möge am Montag 450.000 DM für den BSV Kickers zur Verfügung stellen. So könne es nicht gehen, und der VA habe auch seine Zustimmung verweigert, da keine aussagekräftigen Unterlagen vorgelegen hätten.

Inzwischen sei VW als Partner in den Verein eingetreten. Am Montag sei zugesagt worden, testierte Unterlagen per 30.06.1999 sowie einen Statusbericht per 31.12.1999 vorzulegen. Der Rat gebe heute eine Absichtserklärung ab, mit der der Verein durchaus leben könne. Erst nach der Entscheidung des DFB im Mai/Juni stehe fest, ob die 750.000 DM flössen. Die Testate müssten erst vorliegen und auch schlüssig sein.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Seine Fraktion habe die ganze Sache immer positiv begleitet und werde das auch weiterhin tun. Von dem Verein gehe ein großer Werbeeffekt aus, und aus diesem Grunde sei die Maßnahme gerechtfertigt. Die Stadt verschenke kein Geld, sondern hole den B-Platz zurück und gebe 450.000 DM als Darlehen, das der Verein zurückzahlen müsse. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu.

Herr Hemken erklärt, Herr Brinkmann habe seinerzeit darauf hingewiesen, dass der Betrag mit einem Sperrvermerk in den Nachtrag aufgenommen werden solle, bis ordnungsgemäße Unterlagen vorlägen. Jetzt werde ebenfalls eine Absichtserklärung abgegeben in Erwartung der testierten Unterlagen.

Herr Bolinius entgegnet, alle vier Fraktionen seien damals anderer Meinung gewesen.

Herr Bongartz macht darauf aufmerksam, dass die endgültige Entscheidung von dem Plazet der Bezirksregierung abhängt.

Herr Dr. Kleinschmidt lässt über den erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen.

Abweichender

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden hat die Absicht, den Sportverein BSV Kickers e. V. bei der Bewältigung seiner wirtschaftlichen Probleme zu unterstützen und ist bereit, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Hilfen bis zur Gesamthöhe von 750.000,- DM zu gewähren. Darin ist der Rückkauf des für sportliche Zwecke vor Jahren an den Verein verkauften Grundstücks (B-Platz) zum Preis von 300.000,- DM enthalten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die finanziellen Möglichkeiten zu ermitteln und aufzuzeigen.

Voraussetzung für die Hilfen sind testierte Unterlagen per 30.06.1999 **und der Teilabschluss zum 31.12.1999**, die eine kalkulierbare Perspektive für die finanzielle Entwicklung des Vereins aufzeigen.

Ergebnis: einstimmig
Enthalt.: 1

Punkt 5: Vorlage 13/1061/1
Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2000

Herr Hemken spricht die Hoffnung aus, dass der Haushalt für das Jahr 2000 das Schlusslicht der unausgeglichenen Haushalte seit 1993 bilden werde. Diese Situation zwingt jedoch dazu, neue Maßstäbe zu setzen, die sich am Machbaren orientieren.

Wenn es gelinge, für das Jahr 2001 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, gehe er davon aus, dass der Rat seinen Ehrgeiz teilen werde, diese Situation über einen langen Zeitraum zu erhalten und auszubauen. Das beinhaltet jedoch wiederum, dass dann ein ausgeglichener Haushalt die Maßstäbe für das Machbare setze.

Herr Hemken gibt sodann Erläuterungen zu den einzelnen Punkten des Haushaltsplanes, wie in der Anlage zur Vorlage dargelegt und in den Fachausschüssen beraten. Der Verwaltungshaushalt weise einen Fehlbedarf von 4.650.000 DM aus. Es handele sich dabei um den Betrag, der im Eckdatenbeschluss Mitte letzten Jahres festgelegt worden sei. Der VA empfehle dem Rat, die Haushaltssatzung so zu beschließen.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Herr Leeker führt aus, wenn man den Haushalt nach den Wochen des angespannten Beratens und Miteinanderredens betrachte, dann komme man zu dem Schluss, dass erstmals wieder bei den Einnahmen eine Normalisierung eintrete, die es erlaube, Dinge planen und ins Auge fassen zu können, die in den langen Jahren nicht möglich gewesen seien.

Darüber sei man sehr befriedigt und begrüße es ausdrücklich, dass im Haushaltsvorschlag der Verwaltung in diesem Jahr u.a. ein größerer Aufwand für die Feuerwehr vorgesehen sei, um die Ausrüstung zu verbessern, Fahrzeuge zu ersetzen und auch Häuser zu bauen.

Es werde auch ein größerer Aufwand bei den Schulen betrieben, vor allem für die Ausstattung der Grund- und Hauptschulen, und es sei ein großer Ansatz für Unterhaltungsarbeiten im Hoch- und Tiefbau vorgesehen. Die Straßen seien noch lange nicht in einem befriedigenden Zustand, und auch die Gebäude benötigten dringend diesen Aufwand.

Man habe zur Kenntnis genommen, dass die seit langem diskutierte und vorbereitete Sanierung des Stadtteils Barenburg jetzt beginnen solle, dass die Sanierung des Straßen- und Kanalnetzes im Stadtteil Friesland fortgesetzt und die Modernisierung des Krankenhauses vorangetrieben werde mit dem Einbau der Nasszellen. Mit dem Umbau des Landesmuseums könne in diesem Jahr ebenfalls begonnen werden, und der Ausbau des Binnenhafens solle mit einer beträchtlichen Summe ermöglicht werden.

Man werde einen weiteren Kindergarten bauen können, Straßen, Brücken und Kanäle könnten gebaut und neue Baugebiete erschlossen werden. Nicht zuletzt würden für die Ergänzung der EDV in der Stadtverwaltung Mittel zur Verfügung gestellt.

Er wolle den Rat nicht mit einer Aufzählung langweilen, aber da-rauf hinweisen, dass man diese Vorhaben begrüße und sich freue, dass sie zustande kämen. Man sei allerdings auch der Meinung, dass in einigen Positionen der Haushalt verändert werden sollte. Mit den anderen Fraktionen sei man sich einig, dass der Bau der drei Grundschulen vorgezogen werden sollte. Der Bau des Feuerwehrhauses in Wybelsum werde für nötig gehalten aufgrund der Zusammenlegung der Wehren Logumer Vorwerk und Wybelsum.

In vielen Fällen habe man dringenden Wünschen von Vereinen nachkommen können auf Gewährung von Zuschüssen für Materialkosten bei großem eigenen Aufwand. Wenn man nach reiflicher Überlegung dafür plädiere, relativ bescheidene Summen für diesen Zweck auszugeben, so handele man zweifellos nicht nach Lukas 16, Vers 9 "Macht Euch Freunde mit ungerechtem Mammon", sondern man wolle hier ausdrücklich Notstände beseitigen.

Alle Dinge würden öffentlich zur Diskussion gestellt, und man sei selbstverständlich auch bereit zu öffentlicher Rechenschaft. Man könne der Meinung sein, dass jeder sein Hobby selbst finanzieren sollte, die Förderung von Gemeinschaften, die allgemein zugänglich seien und das gesellschaftliche Klima in der Stadt positiv förderten, sei gleichwohl Auftrag der Kommunalpolitik.

Der Schwerpunkt des Antrages seiner Fraktion liege allerdings im Bereich der Schulen und beim Neubau eines Feuerwehrhauses in Wybelsum. Er möchte unterstreichen, dass die Grundschulen für die Entwicklung der Kinder sehr wichtig seien und man in den letzten Jahren entgegen manchem Vorwurf, der seine Fraktion erreicht habe, bei der Planung von Neubaugebieten sehr aufmerksam darauf geachtet habe, wie die Schulen sich entwickeln würden.

Die Gesamtzahl der Schüler bewege sich in Emden in einem Korridor zwischen 550 und 650 je Jahrgang. Wenn sich also in einzelnen Bereichen, vor allem in Wolthusen aber auch in Larrelt, ein Überdruck ankündige, so bestehe immer noch die Möglichkeit des Auswei-

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

chens, da bekanntlich die Schulen in der Innenstadt nicht sonderlich voll seien und unter Schülermangel litten.

Es sei in der Tat kein Geld für neue Schulen vorhanden gewesen, und daher hoffe man jetzt, wo es einen Silberstreifen am Horizont gebe, dass man alle Kraft darauf verwenden könne, die Schulen zu errichten.

Im Übrigen bewegten sich die Änderungsanträge seiner Fraktion mit einem Umfang von rd. 985.000 DM bei einem Gesamtvolumen von 309 Mio. DM in einem Rahmen, den man sicherlich vertreten könne. Man sei nach wie vor sehr bescheiden und werde sich auch nach dem Ausscheiden des Kämmerers im nächsten Jahr weiterhin so verhalten. Der Nachfolger werde die Ermahnung zur Sparsamkeit, die man bisher ununterbrochen erhalten habe, sicherlich fortsetzen.

Man hätte gern mehr Geld für Kinderspielplätze ausgegeben und werde darauf drängen, dass die Mittel für die Unterhaltung, die bereitgestellt worden seien, baldmöglichst verwendet würden, damit die Spielplätze schon im Frühjahr in einem ordentlichen Zustand seien und auch der Spielplatz in H 4 A im diesem Frühjahr gebaut werde.

Ferner hoffe man, dass die Dorfgemeinschaft in Wybelsum mit dem Umbau des Marktplatzes in Eigenleistung bald beginnen könne, dass die Arbeiten in Friesland vorankämen und die Bürger wieder an die Zusagen der Stadtpolitik glaubten, dass eine Entscheidung für oder gegen das alte Siel in Petkum falle und eine Lösung für den Betrieb des Jugendheimes in Petkum gefunden werde.

In der Haushaltsdebatte habe die CDU den Antrag gestellt, die Kosten für die Beseitigung der Busspur zu ermitteln und dafür Geld einzustellen. Dazu sei zu sagen, dass die voraussichtlichen Kosten mehrmals vom Stadtbaurat genannt worden seien, die Rückzahlungsverpflichtungen aufgezeigt und das Für und Wider oft erörtert worden sei. In letzter Zeit kämen auch vermehrt Befürworter zu Wort, und das sollte zu denken geben.

Das Vorhaben habe unter keinem glücklichen Stern gestanden, aber eine Aufhebung der Busspur sei weder sachlich noch von den Kosten her begründet. Wenn man es zustande bringe, dass die Fahrbahnmarkierungen verbessert würden und die Taxen und Krankenwagen auf der Spur fahren dürften, werde das sicher zur Akzeptanz der Busspur beitragen.

Man habe sich zeitweise gewundert, dass die vier Fraktionen so viele gleiche Wünsche gehabt hätten. Das liege sicherlich an den stattgefundenen Diskussionen, an der Kompromissbereitschaft der Mehrheitsfraktion, aber auch daran, dass viele Vorhaben so dringend seien, dass kein Weg daran vorbeigehe, und alle Leute diese Wünsche erfüllen möchten. Man sei allerdings auch immer zu einem Wettstreit um Alternativen und Ideen bereit und hoffe, dass dieser auch bei den nächsten Haushaltsberatungen stattfinde.

Der städtische Haushalt 2000 werde nicht nur gespeist durch Steuern, Gebühren und Abgaben, sondern beinhalte auch viele Zuschüsse von anderer Seite. Er möchte an dieser Stelle dem Kämmerer danken und die Hoffnung aussprechen, dass all die Zuschüsse, die er einwerben wolle, auch tatsächlich kämen. Ebenso möchte er allen Mitwirkenden, insbesondere Herrn Steenhardt, für die geleistete Arbeit danken.

Die SPD-Fraktion unterstützt den Haushalt in der Hoffnung, dass er auch so durchgesetzt werden könne, damit er Arbeit und Brot für viele Menschen bringe und sich zum Wohle der Stadt auswirke.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Herr Janßen gibt namens seiner Fraktion folgende Stellungnahme ab:

"Wir haben mit dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsentwurf 2000 alles in allem einen Entwurf bekommen, der sicherlich in den Fraktionen von der Tendenz her seine Zustimmung finden wird. Dass nicht in allen Punkten Einigkeit zu erzielen war, beruht auf der unterschiedlichen Betrachtungsweise zu den einzelnen Haushaltsstellen.

Die CDU-Fraktion fordert seit Jahren einen sparsamen Umgang mit dem Geld. Ist es doch zutiefst unmoralisch, auf Kosten nachfolgender Generationen zu leben. Und insoweit ist über alle Parteigrenzen hinaus der Wille zu spüren, die Schuldenlast der Emdener Bürgerinnen und Bürger zu senken. Und mit dem Haushalt 2000 ist dieser Wille deutlich zu erkennen.

Es gilt, die Gratwanderung zu bestehen zwischen dem Schuldenabbau einerseits und den dringend zu tätigen Investitionen. Dieses ist nach Auffassung meiner Fraktion im Großen und Ganzen gelungen. Dass Investitionen getätigt werden müssen, ist selbstverständlich, kommen sie doch der Werterhaltung und der heimischen Wirtschaft zugute. Gleichzeitig gilt es aber, Versäumnisse der vergangenen Jahre aufzuholen und gegebenenfalls wieder gutzumachen.

Insoweit ist der Ansatz für die bauliche Unterhaltung von 6,3 Millionen in 2000 im Verhältnis zu 2,8 Millionen im Jahre 1998 zu begrüßen. Das Gleiche gilt für die Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens. Hier ist eine Erhöhung von 2,3 Millionen 1998 auf 5,7 Millionen im Jahre 2000 festzustellen.

In Anbetracht der Folgen, die aus der mangelhaften Mittelzuweisung des letzten Jahrzehntes zu verzeichnen sind, wird es aber noch Jahre dauern, bis das Versäumte aufgeholt werden kann.

Ein weiterer Schwerpunkt aus Sicht der CDU-Fraktion ist die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Bereich der Schulen in Emden. Hier ist in der Vergangenheit erheblich gesündigt worden. Das Recht der Jugend auf Bildung sowohl in personeller als auch in materieller Hinsicht ist auch in Emden nicht mit der nötigen Konsequenz erledigt worden.

Zu der von der SPD-Landesregierung zu verantwortenden mangelnden personellen Ausstattung der Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern kommt die mangelhafte Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Emdener Schulen. Trotz der erkennenden Raumknappheit durch die Ausweisung von Wohngebieten in den Vororten der Stadt Emden ist im Schulentwicklungsplan nicht genügend Vorsorge getroffen worden.

Dies zeugt davon, dass man hier nicht mit der nötigen Sorgfalt geplant hat!

Meine Fraktion kämpft seit Jahren für einen zeitnahen Bau der Grundschulen in Constantia und Petkum/Widdelswehr und setzt sich gleichzeitig für eine Erweiterung und Renovierung der Schule in Wolthusen ein. Dass die Notwendigkeit der Erweiterung der Schule in Wolthusen gegeben ist, wurde trotz intensiver Mahnung unsererseits von der Verwaltung anscheinend erst jetzt erkannt. Die CDU-Fraktion stimmt ausdrücklich der jetzt vom Oberbürgermeister angestrebten Lösung der gleichzeitigen Planung der drei Schulen zu und hofft, dass möglichst umgehend damit begonnen wird.

Erschreckend für mich ist die Ruhe, mit der die SPD-Fraktion Kürzungen im Bereich der Sozialhilfe, der Erwachsenenbildung, des Kindergartenzuschusses durch die SPD-Landesregierung hinnimmt und wie selbstverständlich aus dem städtischen Haushalt auszugleichen versucht. Ich stelle mir den Aufstand vor, den die SPD-Fraktion unternommen hätte, wenn eine CDU-Landesregierung in diesem Maßstab in die Kassen der Kommunen gegriffen hätte.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Dass durch die Gesetzgebung der Bundesregierung diese Situation noch verschlimmert wird, unterstreicht nur meine Aussage!

Ich hätte mir gewünscht, dass über alle Parteigrenzen hinaus dieses mit der nötigen Intensität angeprangert worden wäre.

Trotz des immer noch engen finanziellen Spielraumes ist es uns gelungen, einige berechnete Forderungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen bzw. die Zuwendungen auf gleichem Niveau zu halten.

Eine unserer Forderungen, der Kunsthallenstiftung Henri Nannen über den Haushaltsansatz hinaus weitere 50.000,00 DM zu bewilligen, scheiterte an der Bereitschaft der anderen Fraktionen. Meine Fraktion hat sich durch kurzfristige Gespräche mit Frau Nannen davon überzeugen lassen, dass die Erhöhung um 50.000,00 DM berechtigt ist. Hat doch die Kunsthalle über Wochen und Monate hinweg, da das Haus durch die Umbaumaßnahmen geschlossen sein wird, in dieser Zeit keinerlei Einnahmen zu verzeichnen.

Inwieweit die Stadt Emden in der Lage sein wird, den Zuschuss zur VHS laufend um die vom Land gekürzten Mittel auszugleichen, erscheint mir sehr fraglich. Auch hier versucht sich das Land auf Kosten der Kommunen zu sanieren.

Die Entscheidung, die Bücherei der Volkshochschule anzugliedern, ist aus der Sicht der CDU-Fraktion der richtige Weg.

Ich kann nur hoffen, dass die Aussage der Verwaltung, die eventuellen Deckungslücken bei Pro Familia und der Verbraucherberatung aus dem normalen Haushalt auszugleichen, eingelöst wird. Haben doch auch diese unter den gekürzten Haushaltsmitteln der SPD-Landesregierung zu leiden.

Zu dem Vorziehen der Investition Neubau Feuerwehrhaus Wybelsum haben alle Fraktionen Ja gesagt und hierfür bedanke ich mich ausdrücklich.

Dieses gilt auch für die Erhöhung des Ansatzes Sportstättenbau um 20.000,00 DM. Hier wird eine geplante Investition im Bereich des Sportstättenbaus (ETV) durch eine gelungene Initiative des Stadtsportbundes durch unsere Entscheidung ergänzt und somit durchfinanziert.

Mein Dank gilt hier insbesondere dem Vorstand des Stadtsportbundes.

Das seit Jahren bestehende Problem des Fußbodens in der BBS II-Halle wird nach Aussage der Verwaltung im Jahr 2000 gelöst. Dieses begrüßen wir sehr.

Das Gleiche gilt für die Teilsanierung der Musikschule in Emden.

Eine zentrale Forderung meiner Fraktion ist und war der Ausbau von Straßen im Bereich des Stadtzentrums zwischen der Großen Straße und dem Neuen Markt. Hier ist in den Jahren viel verschlafen worden. Durch unsere Forderung und die Zusage des Oberbürgermeisters, dass im Jahre 2001 mit dem Ausbau der Straßen begonnen werden soll, wird ein Schritt zur Attraktivitätssteigerung der Emdener Innenstadt getan.

Leider gilt dies nicht für die Fortsetzung der Sanierungsmaßnahmen im Stadtteil Kleinfaldern. Hier ist für viel Geld 1/3 der Mühlenstraße saniert worden, und die restlichen 2/3 können auf absehbare Zeit nicht finanziert werden. Dass dies bei den Einwohnern des Stadtteils auf Unverständnis stößt, ist sicherlich von allen zu begreifen.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Die CDU-Fraktion wird sich heute und auch in Zukunft mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, dass das Sanierungsgebiet Klein-Faldern/Friesland Schritt für Schritt die Aufwertung bekommt, die es verdient.

Die CDU-Fraktion bedankt sich, dass die Mehrheit des Rates unsere Forderung nach Einrichtung eines Haushaltsansatzes für das Partnerschiff Sedov mit trägt.

Diese Zustimmung der anderen Fraktionen gilt leider nicht für unseren Antrag auf Erhöhung des Mittelansatzes Kriminalprävention um 35.000,00 DM. Hier zeigt es sich, dass im Prinzip genau das eingetreten ist, was die CDU vorausgesagt hat. Wenn Kriminalprävention Erfolg haben soll, so geht das nur und ausschließlich über Aktivitäten, die selbstverständlich auch Geld kosten. Ein Haushaltsansatz von 1,00 DM pro Einwohner sollte uns die Prävention schon wert sein.

Ich gebe zu, dass die Reduzierung des Haushaltsansatzes Zuschuss Parkhaus meiner Fraktion erhebliche Kopfschmerzen bereitet hat, da die CDU nach wie vor vehement fordert, die Parkmöglichkeiten in der Innenstadt drastisch zu verbessern. Und hierzu zählt nun einmal ein Parkhaus. Da aber nach allem, was wir wissen, im Jahre 2000 noch nicht mit einem Bau begonnen wird, haben wir uns zu diesem Schritt entschlossen.

Um es klar zu sagen, die CDU-Fraktion fordert nachdrücklich ein Parkhaus und ein Parkleitsystem, welches den Namen verdient.

Die Forderung meiner Fraktion nach Ermittlung der Kosten für den Rückbau der Busspur und nur der Busspur sorgt für breite Aufregung und Diskussion.

Gerade das wollten wir damit auch erreichen!

Wir stellen fest, dass die Einführung der Busspur - von wem auch immer beschlossen oder nicht beschlossen - bei den Verkehrsteilnehmern auf breites Unverständnis stößt. Jeder von uns kann ein Lied davon singen, wieviel Protest es für diese Maßnahme gibt. Um diesem Unwillen in der Bevölkerung zu begegnen, möchte meine Fraktion sehr genau wissen, was die Rückführung der Busspur kostet.

Es kann doch nicht wahr sein, dass der Einsatz öffentlicher Mittel eine Fehlentscheidung, die vor Jahren gefällt wurde, auf immer festschreibt. Und in diesem und genau diesem Punkt glaube ich der Verwaltung nicht.

Sobald uns die Kostenermittlung der Verwaltung vorliegt, werden wir die rechtlichen Aussagen der Verwaltung prüfen lassen, ob es stimmt, dass die eingeworbenen Zuschüsse zurückgezahlt werden müssen und wenn ja, in welcher Höhe. Der Verkehrsrechner wird dann genug damit zu tun haben, die Ampelanlagen der Stadt Emden besser als bislang zu regeln und für einen optimalen Verkehrsfluss zu sorgen. Wenige hundert Meter Busspur können nicht der Grund sein, auf Dauer mit ihnen leben zu müssen.

Mit dem Ergebnis dieser Untersuchung werden wir die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt um ihr Votum bitten, ob sie für oder gegen die Busspur sind. Wenn man die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung ernst nimmt, muss man auch die Chance nutzen, Bürger an der politischen Willensbildung teilnehmen zu lassen.

Ich fordere die Verwaltung auf, der Sanierung des Frisia-Geländes höchste Aufmerksamkeit zu schenken und die Fachhochschule Ostfriesland in die Sanierungspläne einzubeziehen. Dass nach erfolgter Sanierung erhebliche Industrieflächen im Bereich der kreisfreien Stadt Emden zur Verfügung stehen, muss es uns wert sein, für ausreichende Komplementärmittel aus dem Haushalt der Stadt Emden zu sorgen.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die ganze Beschäftigung mit dem Haushalt wäre sinnlos, wenn es nicht eine Vielzahl von Emden Bürgerinnen und Bürgern gebe, die freiwillig und ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden und sozialen Institutionen für andere tätig wären. Insofern gilt mein besonderer Dank diesen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt.

Meine Fraktion wird dem vorgelegten Haushaltsplan 2000 mit den in den Ausschüssen erfolgten Änderungen zustimmen."

Herr Renken trägt Folgendes vor:

"Als wir vor mehr als zwei Jahren an dieser Stelle über den Doppelhaushalt 1998/1999 debattierten, wurde uns vom Kämmerer trotz tiefer Einschnitte beim städtischen Personal und der Unterlassung notwendiger Unterhaltungsmaßnahmen ein Schuldenberg von weit über 100 Millionen DM im Verwaltungshaushalt vorausgesagt.

Heute stehen wir vor der Situation, dass die Fehlbedarfe der vergangenen Jahre abgebaut sind und voraussichtlich im nächsten Jahr ein ausgeglichener Verwaltungshaushalt vorgelegt wird. Soviel zur Aussagekraft mittelfristiger Prognosen, was die Finanzierung kommunaler Haushalte betrifft.

Wir können überaus froh sein, dass die Prognosen sich nicht bewahrheitet haben. Die Einnahmesituation ist vor allem aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung deutlich verbessert. Die Gewerbesteuer hat sich nicht nur wegen der Sonderkonjunktur im Automobilbau steil nach oben entwickelt. Emden liegt nach der Steuerkraft gemessen mit an der Spitze in Niedersachsen. Diese Entwicklung hat uns in den Stand versetzt, die aufgelaufenen Defizite im Verwaltungshaushalt zu tilgen, die schon Substanz gefährdenden Rückstände in der baulichen Unterhaltung der Gebäude und Straßen nunmehr aufzuholen sowie deutlich mehr für die vernachlässigte Ausstattung der Schulen bereitzustellen.

Gleichwohl fehlt es immer noch an Mitteln, um notwendige Investitionen im Vermögenshaushalt aus eigener Kraft zu tätigen. Hier denken wir in erster Linie an die notwendigen Neu- und Erweiterungsbauten für die Grundschulen in Constantia, Petkum/ Widdelswehr und Wolthusen.

Hierfür werden von der Verwaltung Kosten in der Größenordnung von über 17 Mio. DM genannt. Die Finanzplanung weist allerdings bis 2003 nicht einmal die Hälfte dieser Summe aus. Im Vordergrund steht zunächst die Rückführung der Neuverschuldung, und diese engt den Kreditrahmen weiter ein. Verwaltung und Rat stehen deshalb vor der Aufgabe, auch alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen, um die bestehenden Engpässe zu überbrücken.

Wir müssen allerdings mit großer Sorge zur Kenntnis nehmen, was wir in diesen Tagen von dem mit Abstand bedeutendsten Gewerbesteuerzahler hören. Der Gewinneinbruch bei Volkswagen in 1998 wird auch in dieser Stadt Spuren hinterlassen. Der Gewinn vor Steuern sinkt von 6,3 Mrd. auf 4,9 Mrd. Das ist ein Rückgang um 22 %. Und auch der Absatz ist zu Anfang des Jahres um 16 % zurückgegangen.

Ein Rückgang der Gewerbesteuerzahlungen um einige Millionen DM für Emden ist demnach nicht auszuschließen. Wir erwarten deshalb von Ihnen, Herr Hemken, eine Stellungnahme zu dieser Entwicklung und ebenso eine frühzeitige Information über die voraussichtliche und tatsächliche Entwicklung bei den Steuereinnahmen. Dies sage ich auch aus dem Grunde, weil hier im Hause es schon die Spatzen von den Dächern pfeifen sollen, dass Mitte des Jahres mit der Vorlage eines Nachtrags zu rechnen sei.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Umso wichtiger ist es angesichts der einseitigen Abhängigkeit der städtischen Finanzen, weitere wirtschaftliche Standbeine zu entwickeln. Die Unterstützung von Existenzgründungen, aber auch die Ansiedlung von Unternehmen aus der Zulieferindustrie und die weitere Entwicklung der Hafenwirtschaft spielen dabei eine wichtige Rolle.

Die Bereitstellung der dafür erforderlichen Flächen unterstützen wir. Die Sanierung des Frisia-Geländes haben wir bereits zur Kommunalwahl 1996 gefordert. Wir hoffen, dass die von der Verwaltung geführten Verhandlungen zu einem Erfolg führen. Es wird mit Sicherheit auch von der Stadt ein ordentlicher Beitrag erwartet, wenn Fördermittel fließen sollen. Öffentliches Spekulieren über ein mögliches Nullsummenspiel oder sogar einen Gewinn für die Stadtkasse sind deshalb in dieser Situation völlig fehl am Platze und kontraproduktiv.

Ich will bei dieser Gelegenheit auch ein paar Bemerkungen zur Bundespolitik machen.

Wir wissen alle, dass die überfällige und von der jetzigen Bundesregierung zügig angepackte Steuerreform die nachhaltige Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zum Ziel hat. Aber auch der Abbau der von der Kohl-Regierung aufgebauten Schuldenlast ist unabwendbar.

Lasten auf die Kommunen abzuwälzen, davon ist jedoch auch diese Bundesregierung nicht frei. In einer gemeinsamen Erklärung aller Ratsfraktionen haben wir zu den Verhandlungen im Bundesrat unsere Ablehnung unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Nicht ohne Erfolg: die ursprünglichen Planungen des Bundesfinanzministers, das pauschalierte Wohngeld zu streichen, sind zurückgenommen worden. Damit ist der mit Abstand dickste Brocken vom Tisch.

Mit der Steuerreform werden in erster Linie die Einkommen derjenigen Bürgerinnen und Bürger entlastet, die unter der Regierung Kohl am meisten unter Steuern und Abgaben gelitten haben: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Damit sind auch die Bedingungen geschaffen, dass die schwache Binnennachfrage in Schwung kommt. Davon wird nicht nur der Handel profitieren können. Wachstum und Beschäftigung werden auch positive Auswirkungen auf die städtischen Einnahmen haben.

Dies zu einigen Rahmenbedingungen des Haushaltes, die trotz der genannten Risiken überwiegend als positiv beschrieben werden können. Wir warnen gleichwohl vor überzogenen Erwartungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt. Visionen sind notwendig, aber vor dem Bau von Wolkenkuckucksheimen warnen wir.

Die hohe Steuerkraft ist nur die eine Seite der Medaille, Emden ist weiterhin auch in der anderen Spitzengruppe, in der es um die Höhe der Kosten für die Sozialhilfe geht. Hier sind weitere Anstrengungen notwendig, um über die Verbindung von Qualifikation und Arbeit an sinnvollen Projekten die Chancen für den Wechsel in den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern.

Es gab bei den Haushaltsberatungen in einer Reihe von Fragen Übereinstimmung zwischen den Fraktionen. Dies betrifft vor allem die Investitionen in die Schulen und die Reduzierung der Friedhofsgebühren. Wir geben deshalb trotz unserer Kritik an verschiedenen Punkten dem so veränderten Haushaltsplan unsere Zustimmung.

Die Grundschulen befinden sich durchweg in einem desolaten Zustand. Mit den im Haushalt von der Verwaltung vorgeschlagenen Mitteln kann jetzt etwas getan werden. Was die erforderlichen Neu- und Erweiterungsbauten der Grundschulen betrifft, mussten wir uns mit der Aussage des Verwaltungsvorstandes zufrieden geben, der bisher keine Möglichkeit sieht, dies schon in diesem Jahr entscheidend voranzutreiben. Für uns ist dies nur schwer verständlich.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Wir wollten angesichts des zunehmenden Handlungsbedarfes den Schulen den Vorrang geben und deshalb den jetzt eingestellten bescheidenen Ansatz von 290.000 DM deutlich erhöhen. Die Mittel sind vorhanden. Die anderen Fraktionen zogen jedoch den Bau des Feuerwehrhauses Wybelsum vor. Auch wir sind dafür, doch hätte diese Maßnahme wie von der Verwaltung beabsichtigt auch in 2001 umgesetzt werden können.

Die Friedhofsgebühren werden für die Bürgerinnen und Bürger auf ein vertretbares Maß zurückgeführt. Die Gebührenzahler werden um ca. 150.000 DM entlastet. Dies ist das Ergebnis gemeinsamer Beratungen der Ratsfraktionen. Die Argumente sind bekannt und ich will sie hier nicht wiederholen. Bedauerlich ist, dass sich die CDU-Fraktion im Nachhinein an der Frage der Grabsteingebühren profilieren wollte. Das haben Sie doch nicht nötig, meine Damen und Herren. Wir geben doch gerne zu, dass Sie es waren, die in Sachen Friedhofsgebühren zunächst Pionierarbeit geleistet haben. Dann haben wir es aber doch gemeinsam gepackt.

Noch vor zwei Jahren war der in den Haushalt eingestellte Zuschuss für ein fiktives Parkhaus in Höhe von 300.000 DM als Vorschlag für Gegenfinanzierungen im Verwaltungshaushalt tabu, obwohl schon damals absehbar war, dass ein Parkhaus in absehbarer Zeit nicht realisiert wird. Es war als ein Zuckerbrot zur Beruhigung des Einzelhandels gedacht, nachdem die Mehrheit dieses Rates nicht nur gegen den erbitterten Widerstand des Einzelhandels, sondern auch gegen die breite Willensbekundung aus der Bürgerschaft die Zustimmung zum Einkaufszentrum auf der grünen Wiese in Larrelt erteilte. Heute können wir befriedigt feststellen, dass es auch aus Sicht der anderen Fraktionen dringenderes zu tun gibt als Placebos in den Haushalt einzustellen.

Die SPD-Fraktion ist unserer Forderung nach Erhöhung der Mittel für projektbezogene Maßnahmen in der Jugendhilfe zum Teil entgegengekommen. Wir halten das in der Höhe dennoch nicht für ausreichend. Leider hat die SPD weitere Forderungen abgelehnt, die ohne weiteres finanzierbar gewesen wären.

Wir haben eine bessere Ausstattung für die beim Umweltamt angesiedelte Koordination des Lokalen-Agenda-21 Prozesses gefordert. Neben der Sicherung der Stellen im Agenda-Büro wollten wir den minimalen Sachmittelansatz um 10.000 DM erhöhen. So liegt er mit geradezu lächerlichen 5.000 DM nur bei einem Drittel der Mittel für die Kriminalprävention.

Aber auch unser Argument, dass es zur Lokalen Agenda zwei einstimmig gefasste Ratsbeschlüsse gibt, für deren Umsetzung entsprechende Mittel bereitzustellen sind, konnten weder Sie noch die Verwaltung von ihrer starren Haltung abbringen. Wenn Sie diese Ratsbeschlüsse nur für das Schaufenster gefasst haben, dann haben Sie sich mit Ihrer Entscheidung dazu ehrlich bekannt.

Für unsere Forderung nach Erhöhung des Mittelansatzes für die Unterhaltung der Kinderspielplätze haben Sie, Herr Leeker, in Ihrer Fraktion zwar Zustimmung gefunden, aber keine Mehrheit. Noch in der Beratung um den Nachtragshaushalt 1999 haben wir gemeinsam eine Erhöhung des Etats beschlossen. Gemeinsam waren wir der Ansicht, dass der Ansatz in der Höhe verstetigt werden sollte.

Wir erinnern Sie an Ihre Worte, Herr Leeker, diese Einrichtungen hätten einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der jungen Menschen. Gilt dies ein halbes Jahr später nicht mehr? Oder haben wir das falsch verstanden?

Wenn man am Ende einer Durststrecke angekommen ist, sollte man nicht als erstes den großen Schluck aus der Pulle nehmen, auch wenn es schwer fällt. Denn das schadet bekanntermaßen der Gesundheit. Wir haben versucht, mäßigend auf die Forderungen der SPD nach Erhöhung der Aufwandsentschädigung einzuwirken. Die anderen Fraktionen ha-

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

ben nicht auf unseren Vorschlag gehört, durch den die Steigerung der Ausgaben um rund 25.000 DM niedriger ausgefallen wäre.

Wir leben heute im Jahr 2 nach Kohl. Lassen Sie mich dazu abschließend etwas sagen. Das Erbe dieses Mannes lastet nicht nur schwer wie Blei auf seiner Partei, womit die Menschen im Lande gut leben könnten. Nein - und dies ist das weitaus ernstere und eigentliche Problem - die wahrhaft kriminelle Energie einiger führender Unionspolitiker im Umgang mit dem Rechtsstaat macht die Politiker insgesamt unglaubwürdig und belastet in unerträglicher Weise das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen.

Wir sollten gemeinsam daran arbeiten, dass die ehrenamtlich betriebene Kommunalpolitik nicht für diesen Skandal büßen muss, sondern Bürgernähe und Bürgerbeteiligung ihr Markenzeichen ist. Und lassen Sie uns in Zukunft mehr für unsere Kinder und unsere Umwelt tun, als es dieser Haushalt hergibt."

Herr Bolinius nimmt namens seiner Fraktion wie folgt Stellung:

"Bei der Einbringung des Doppelhaushaltes 1998/99 hatten wir gefordert, dass die Reihenfolge der Haushaltsplanung geändert werden müsse. Die Vorgabe der Werte sollte durch den Rat nach strategischen Richtungsentscheidungen erfolgen. Der Rat sollte also die Eckwerte setzen, und der Kämmerer sollte diese dann in seinen Haushaltsentwurf aufnehmen. Dies ist nunmehr erstmalig bei der Aufstellung des uns nun zur Entscheidung vorliegenden Haushaltsentwurfes für das Jahr 2000 geschehen, darüber freuen wir uns.

Das neue Steuerungsmodell ist in vielen Bereichen eingeführt worden, auch darüber sind wir froh. Mit dem Produktbuch haben nicht nur wir noch einige Schwierigkeiten, aber "doen deit lernen", und wir sind sicher, dass in einigen Jahren dieses Buch als ganz normal angesehen wird.

Die von uns auch seit Jahren geforderte Modernisierung der Verwaltung schreitet voran. Unser Antrag, von einer Unternehmensberatungsfirma die Verwaltung durchleuchten zu lassen, wurde umgesetzt. Der Auftrag wurde kürzlich vergeben. Auf die Ergebnisse sind wir gespannt. Auch unsere Forderung, die Mitarbeiter fortzubilden, ist im Haushaltsplan mit einem Betrag von 200 TDM berücksichtigt worden.

Lt. Eckdatenbeschluss sollte ein Defizit von 4.650 TDM nicht überschritten werden. Dieser Betrag wurde genau erreicht, die Einnahmen im Verwaltungshaushalt betragen 257.281 TDM und die Ausgaben sind um 4.650 TDM höher. Unterstellt wurden dabei 92,4 Mio/DM Steuereinnahmen und Zuweisungen in Höhe von 24,5 Mio/DM. Die Gewerbesteuer wurde dabei mit 50,0 Mio/DM ausgewiesen. Wir sind der Auffassung, dass diese Einnahmen sehr vorsichtig angesetzt wurden und sicherlich überschritten werden. Dadurch sehen wir eine realistische Möglichkeit, einen Nachtragshaushalt im Sommer aufstellen zu können. Allerdings, und darauf möchte ich besonders hinweisen, muss die Schuldentilgung Vorrang vor völlig neuen Maßnahmen haben.

Wie wir alle wissen, ist die Stadt Emden sehr stark von den Gewerbesteuereinnahmen von VW abhängig. Und die Konjunktur in der Automobilbranche ist eingebrochen. Bei VW ist im Geschäftsjahr 1999 der Gewinn vor Steuern um 21,5 % gegenüber 1998 zurückgegangen. Auch hat VW im Januar 2000 weltweit rund 10 % weniger Autos verkauft. Allerdings erwartet der Vorstand von VW wieder ein Wachstum beim Absatz, Umsatz und Gewinn im Jahre 2000, wie er am 22.02.00 mitteilte.

Auf die Stadt können durch die von der rot-grünen Bundesregierung geplante Unternehmenssteuerreform weitere Belastungen zukommen, und zwar durch die vorgesehene Erhöhung der Gewerbesteuerumlage von 20 auf 30 Prozent und die ebenfalls beabsichtigte An-

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

rechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer. Schon heute sind Bund und Länder mit jährlich 10,6 Milliarden DM an der Gewerbesteuer der Städte und Gemeinden beteiligt. Durch die Anhebung der Gewerbesteuerumlage würden dann im nächsten Jahr etwa 13 Milliarden DM Gewerbesteuereinnahmen abgeschöpft, im Jahre 2003 sollen es nach den Plänen der Bundesregierung sogar 18 Milliarden DM werden.

Die kommunalen Haushalte werden dann auch durch die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer betroffen, und zwar in den Jahren 2001 bis 2004 nach Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände mit Mindereinnahmen in Höhe von 4,5 Milliarden DM. Namens meiner Fraktion habe ich schon gestern die Verwaltung um Prüfung der konkreten Auswirkungen für unsere Stadt gebeten.

Meine Fraktion ist erfreut darüber, dass **Steuer- oder Gebührenerhöhungen** auch in diesem Jahr nicht vorgenommen wurden. Ja, wir haben es fraktionsübergreifend erreicht, dass die **Friedhofsgebühren** ganz beträchtlich gesenkt werden. Wir bedauern es jedoch, dass die Verwaltung es ablehnt, Vergleichsangebote aus der Privatwirtschaft bezüglich der Pflege der Grünflächen - insbesondere auf Tholenswehr - hereinzuholen. Wir werden unsere Forderung wiederholen und hoffen hier stark auf die Unterstützung der Mehrheitsfraktion.

Die **Müllgebühren** bleiben zunächst konstant. Die von meiner Fraktion bereits vor Jahren geforderte Abrechnung nach Gewicht ist zurzeit bei der Verwaltung in der Planung. Nach Einführung werden die Gebührenrechnungen gerechter sein. Allerdings vermischen wir auch hier eine Vergleichsrechnung mit privaten Anbietern. Wir fragen uns, wovor hat die Verwaltung Angst? Die Einführung der Bio-Tonne lehnen wir ab, da eine gesundheitliche Gefährdung nicht ausgeschlossen werden kann. Wir sollten es hier ruhig auf einen Rechtsstreit ankommen lassen.

Insgesamt zahlen wir an **Zuschüssen an Vereine und Verbände** in diesem Jahr 11.665 TDM, das ist ein Zuwachs von rund 1,4 Mio/DM. Dabei ist der Zuschuss für Kindergärten von 4.095 TDM im Jahr 1999 auf 4.800 TDM um rund 700 TDM am höchsten. Man kann also sagen, die Stadt Emden hat ein Herz für Kinder. Auf einige andere Ansätze komme ich noch zurück.

Wir freuen uns insbesondere über die im Vergleich zu den Vorjahren höheren Ansätze für **Straßeninstandsetzung** (5,7 Mio/DM) und **Unterhaltung der Gebäude** (6,3 Mio/DM), die von meiner Fraktion in den letzten Jahren immer wieder gefordert wurden. Wir haben bei unseren Änderungsvorschlägen zum Haushalt nicht die einzelnen Straßen und Gebäude aufgeführt, die unseres Erachtens unbedingt repariert werden müssen. Dafür gibt es in der Verwaltung eine Prioritätenliste, die wir - in Übereinstimmung mit den anderen Fraktionen - akzeptieren.

Allerdings ist eine Straße dort nicht aufgeführt, und zwar die zwischen dem Bahnhofplatz und der Kolberger Straße liegende Straße "**Außer dem Beckhofstor**", die für den Autoverkehr gesperrt ist. Einsatzfahrzeuge sind ausgenommen, über eine Einbahnregelung sollte man nachdenken. Die Straße ist unbefestigt, unbeleuchtet und gegen das parallel verlaufende Tief nicht gesichert. Jeden Morgen wandern hunderte von Berufsschülern, die mit der Bahn angereist sind, auf dieser Straße bei winterlicher Dunkelheit zu den beiden Berufsbildenden Schulen. Zur Sicherung dieses Schulweges haben wir beantragt, eine Straßenbeleuchtung herzustellen. Dieser Antrag wurde vom Kämmerer positiv beschieden, die Mittel werden bereitgestellt.

Ein wesentlicher Punkt der Haushaltsberatungen zwischen den einzelnen Fraktionen und mit der Verwaltung war der Ansatz von Mitteln für den **Neubau von Grundschulen**. Im Finanzplan 2001 - 2003 sind für den Neubau von Grundschulen 7,5 Mio/DM eingeplant. Diese Summe reicht nicht nur nach unserer Auffassung für 3 Neubauten nicht aus. Die Fraktionen haben sich geeinigt, in diesem Jahr zunächst für Planungskosten 290 TDM anzusetzen.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Mit dem Neubau der ersten Stufe der Schule "**Constantia**" sollte so schnell wie möglich begonnen werden. Anschließend, und das ist unsere Forderung, hat der Neubau einer Schule in **Petkum** an der Blumenstraße oberste Priorität. Der größte Teil der Finanzierung kann nach Auffassung der F.D.P.-Fraktion durch den Verkauf der Schulen und der Schulgrundstücke in Widdelswehr und Petkum sowie durch Teil-Verkauf des überdimensionierten Schulgrundstückes an der Blumenstraße gesichert werden. Gleichzeitig sollte auch die Schule in **Wolthusen** erweitert werden. Die Verwaltung wurde von uns gebeten, die Möglichkeit einer Finanzierung über **Leasing oder Fremdbau** mit der Möglichkeit eines Kaufs zu einem späteren Zeitpunkt zu prüfen.

Unabhängig von den Neubauten sind die gravierendsten Schäden sofort zu beheben. Es ist für Schüler und Lehrer unzumutbar, in bestimmten Räumen zu unterrichten. Die vom "Labor für chemische und mikrobiologische Analytik", Aurich, durchgeführte Schimmelpilzmessung in der Schule Widdelswehr, die wir am 14.12.1999 gefordert hatten, ist unseres Erachtens - im Gegensatz zur Verwaltung, die meint, der Befund sei nicht Besorgnis erregend - bedenklich.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der Verwaltungsvorstand eine Projektgruppe "Grundschulneubauten" unter der Leitung von Herrn Saathoff eingesetzt hat. Auf das Ergebnis, das im Sommer vorliegen soll, sind wir gespannt.

Der **Fußboden der Turnhalle der BBS II** ist abgängig, unter diesem steht seit Jahren Wasser. Es kann jeden Tag passieren, dass der Fußboden durchbricht. Dann käme ein Großteil des Emdener Sports zum Stillstand. Wir sind deshalb erfreut, dass die Grundinstandsetzung nun endlich durchgeführt wird.

Auch das Gebäude der **Musikschule** ist in einem katastrophalen Zustand. Darauf haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder aufmerksam gemacht. Auch diese Großreparatur wird durchgeführt. Dafür sind wir dankbar.

Ein neues **Feuerwehrhaus in Wybelsum** wird für 400 TDM erstellt, da Wybelsum als Stützpunktfeuerwehr ausgebaut werden soll. Die bisherigen Feuerwehrautos können nicht untergebracht werden. Die Freiwillige Feuerwehr Logumer Vorwerk - die Feuerwehr dort erreicht nicht mehr die Mindeststärke - wird in Wybelsum integriert.

Ich möchte schon jetzt darauf hinweisen, dass wir im nächsten Haushalt Mittel für ein neues Feuerwehrhaus für die FFW Petkum/ Widdelswehr beantragen werden. Der Ansatz von 350 TDM für Instandsetzungen an den Feuerwehrhäusern findet unsere Zustimmung.

Nun zur **Innenstadt**. Meine Fraktion fordert seit Jahren, dass die beiden Verbindungsstraßen von der Großen Straße, Lilienstraße und Norder Straße, endlich ausgebaut werden. Wir haben uns in diesem Jahr mit der Zusicherung zufrieden gegeben, dass im nächsten Haushalt hierfür endlich Mittel bereitgestellt werden. Wir fordern die Verwaltung nochmals auf, eine Konzeption für den Ausbau des Katerganges zu erstellen, evtl. durch einen Architektenwettbewerb. Dieser Straßenteil ist ein Schandfleck in der Innenstadt!

Wir erinnern hier an das Papier, dass die Kaufmannschaft am 29. Oktober 1997 mit dem damaligen ehrenamtlichen Oberbürgermeister Alwin Brinkmann unterschrieben hat. Der Oberbürgermeister hat damals bekundet, dass er, wenn er am 1. März 1998 zum hauptamtlichen OB gewählt werden würde, diese Punkte alle umsetzen wolle. Die in dem Protokoll u.a. aufgeführten Punkte sind:

- a) **Bau eines Parkhauses**
- b) **Bebauung des ZVK-Geländes**
- c) **Verbindung der Fußgängerzonen (Lilienstraße, Norder Straße, Lookvenne, Bismarckstraße)**

d) Überdachung der Straße "Zwischen beiden Sielen"

Die Überdachung der Straße "Zwischen beiden Sielen" wird bekanntlich nicht mehr durchgeführt. Aber auch die anderen Punkte sind bisher alle nicht umgesetzt worden. Jetzt spricht der Oberbürgermeister bereits von einer Überdachung des Neuen Marktes. Visionen sind gut, wir meinen jedoch, bevor die vorgenannten Punkte nicht erledigt sind, sollten keine falschen Hoffnungen geweckt werden.

Von der neuen Gesellschaft bürgerlichen Rechts "Bündnis für die Innenstadt" erwarten wir, dass die Emdener Kaufmannschaft und die Stadt Emden endlich an einem Strang und in eine Richtung ziehen. Dem Geschäftsführer Dr. Gerich wünschen wir hierzu viel Erfolg. Es wird für ihn nicht leicht werden, die unterschiedlichsten Interessen zu bündeln. Ein erstes Gespräch mit Herrn Dr. Gerich haben wir gestern zusammen mit unserem Kreisvorsitzenden Roland Riese geführt.

Die Entwicklung des Stadtteils **Klein-Faldern** ist voranzutreiben. Mit dem weiteren Ausbau von Straßen ist sobald wie möglich fortzufahren. Klein-Faldern muss im Sanierungsprogramm bleiben, auch wenn zurzeit keine Mittel hierfür vorhanden sind. Stichworte: Restaurierung historischer Bausubstanz, Förderung der Gründung kleiner Beherbergungsbetriebe, Cafés, Souvenirläden etc. Klein-Faldern ist das besterhaltene Stück Alt-Emden und niemand bemerkt es.

Am 13.05.1997 (Vorlage 13/182) wurde im Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Finanzen das Papier der SPD-Fraktion "Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs" einstimmig verabschiedet. Darin wurde auch ein Arbeitskreis "Fremdenverkehr" gefordert. Bis heute hat dieser Arbeitskreis nicht getagt. Wie so oft, es wird etwas beschlossen, aber nicht umgesetzt. Die Stadt muss sich bewusst werden, dass sie insbesondere auch ein **maritimes Fremdenverkehrsziel** sein kann! Die EXPO-Chance hat sie trotz unserer Forderung nicht wahrgenommen!

Das Angebot von **Bootsliegeplätzen** u.a. in den Delften, am alten Binnenhafen und im Eisenbahndock ist weiter zu erhöhen. Dazu gehört aber auch: Unterstützung von Firmen und Vereinen, die die Stadt, insbesondere ihren maritimen Charakter, entwickeln wollen, um sie noch mehr als selbständiges Reiseziel zu etablieren. Mehr Wettbewerb im Beherbergungsgewerbe (Entwicklung zu Pensionen, kleinen Hotels) ist notwendig. Das Preisniveau für Übernachtungen ist unseres Erachtens zu hoch.

Unser Antrag, den Dachboden im Bürgerhaus **Petkum** als **Jugendtreff** auszubauen, ist angenommen worden. In den Ortsteilen Petkum, Widdelswehr und Jarßum haben die Jugendlichen kaum Möglichkeiten, sich zu treffen, außer in kirchlichen Räumen. Gerade in Bezug auf die Drogenproblematik in Petkum und Widdelswehr ist ein betreuter Jugendtreff notwendig.

Für die Herrichtung des **Geländes zwischen den beiden Sielen in Petkum** haben wir 80 TDM beantragt. Dieses Gelände könnte für den Tourismus und für die Dorfgemeinschaft (Wege, Grillplatz, Osterfeuerplatz usw.) genutzt werden. Wir sind jedoch mit der Mehrheitsfraktion und dem Stadtbaurat einig geworden, dass erst Mittel bereitgestellt werden sollten, wenn die Entscheidung über das alte, denkmalgeschützte Petkumer Siel, das größte Gewölbesiel an der Küste (!) gefallen ist. Der Regierungspräsident Bernd Theilen hat sich bekanntlich persönlich eingeschaltet. Meine Fraktion hofft auf eine positive Entscheidung.

Nun ein paar Bemerkungen zu der **Busspur**. Am 28.06.1994 wurde dieser Punkt "Beschleunigungsmaßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr" im Stadtplanungsausschuss behandelt und am 11.07.1994 im VA einstimmig beschlossen. Auch der Vertreter der F.D.P.-Fraktion, der jetzt nicht mehr im Rat sitzt, hat leider zugestimmt. Er konnte je-

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

doch aus den damals vorgelegten Unterlagen die Tragweite der Entscheidung nicht erkennen.

Wir halten die Forderung der CDU, die Busspur zurückzubauen, zu diesem Zeitpunkt für völlig falsch. Lt. Herrn Röttgers kämen rund 3,0 Mio/DM Kosten, insbesondere durch Rückzahlung der Zuschüsse, auf die Stadt zu, und diese können wir uns nun wirklich nicht leisten. Wir sollten die 5-Jahresfrist abwarten und dann noch einmal darüber beraten, ob ein Rückbau auch dann noch sinnvoll ist. Wer den Rückbau sofort will, handelt in unseren Augen populistisch.

Allerdings ist zu bedauern, dass seit Einrichtung der Busspur bei Regenwetter und in der Dunkelheit die ausgefrästen alten **Fahrbahnmarkierungen** deutlicher sichtbar sind als die gültigen neuen. Die ausgefrästen alten Spuren füllen sich mit Wasser und reflektieren, während die aufgetragenen weißen Streifen fast nicht sichtbar sind. Auch für ortskundige Autofahrer kommt es bei den genannten Wetterlagen zu gefährlichen Situationen. Die zahlreichen Verschwenkungen der Fahrbahnen können mit der gegenwärtigen Markierung nicht nachvollzogen werden. Deshalb haben wir gefordert, dass die alten Fahrbahnmarkierungen zur Verkehrssicherung spurlos entfernt werden. Herr Röttgers hat zugesichert, dass die gefährlichsten Stellen entfernt werden.

Nun noch zu einigen weiteren Anträgen von uns, die im Haushaltsplan entweder zusätzlich aufgenommen wurden oder aber aus den vorhandenen Ansätzen bewilligt werden. Dazu gehören der **Kinderspielplatz** am Otterweg in Widdelswehr und der **Lärmschutzwall** an der L 2 zwischen Widdelswehr und Petkum. Hierzu ist anzumerken, dass die Anlieger die Erschließungskosten hierfür bereits längst bezahlt haben.

Ein Ansatz in Höhe von 1,330 Mio/DM für die von der Bezirksregierung geforderte **Kanalisation im alten Dorfkern in Jarßum** ist von der Verwaltung, lt. Herrn Röttgers, versehentlich nicht gemacht worden. Dieser Ansatz ist aufgenommen worden für 2001.

Für **Neubauten von Sportstätten** ist der vom Stadtsportbund Emden beantragte zusätzliche Zuschuss von 20 TDM den Vereinen zur Verfügung gestellt worden. Im übrigen sind wir froh, dass für den Emdener Sport insgesamt 331 TDM an weiteren Zuschüssen zur Verfügung gestellt werden können. Über die notwendige Hilfe für den BSV-Kickers Emden haben wir unter einem anderen Tagesordnungspunkt soeben gesprochen.

Die Zuschüsse für **kulturelle Veranstaltungen** mit 545 TDM sind unseres Erachtens ausreichend. Hinzu kommen noch weitere Beträge für die Kunst, Musikschule, Volkshochschule, Kunsthalle usw. mit insgesamt rd. 2,4 Mio/DM. Der Zuschuss für die **Kunsthalle** wurde in diesem Jahr von 230 TDM auf 400 TDM erhöht. Außerdem ist ein Betrag von 130 TDM für die Bauleitung der Kunsthalle vorgesehen. Die Kunsthalle wird aufgrund der Erweiterung zwar jährlich höhere Kosten haben, diese werden in diesem Jahr, da die Fertigstellung ca. im August 2000 erfolgt, jedoch nicht vollständig zum Tragen kommen. Deshalb haben wir im Gegensatz zur CDU eine weitere Erhöhung abgelehnt.

Seitens des Arbeitskreises "Juden in Emden e.V." wird vorgeschlagen, ein **Gedenkbuch** über die ehemalige Jüdische Gemeinde in Emden ab 01.01.1920 zu erstellen. Der Verwaltungsvorstand hat zugesagt, bei Bedarf außerplanmäßig hierfür Mittel zur Verfügung zu stellen. Dafür sind wir dankbar.

Bei der Feier zum 10jährigen Bestehen der **Städtepartnerschaft Emden-Archangelsk** im Herbst gab es außer herzlichem gegenseitigen Schulterklopfen auch die dringende Aufforderung durch den Archangelsker Stadtdirektor, die wirtschaftlichen Austauschbeziehungen zu verstärken. Die Archangelsker sind sicher froh über die große Spendenbereitschaft, die zur Linderung von allerlei Notfällen in Emden besteht. Sie wollen aber auf lange Sicht nicht immer als Hilfeempfänger dastehen. Man sollte diesen deutlich vorgetragenen Wunsch

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

ernst nehmen und konstruktiv bearbeiten. In den ersten Jahren der Städtepartnerschaft hat die Holzhandlung Löschen, mittlerweile in Konkurs, Handelsbeziehungen unterhalten.

Wir erwarten vom städtischen Wirtschaftsförderer die Aufstellung eines Konzeptes, welche wirtschaftlichen Beziehungen im Rahmen dieser Städtepartnerschaft aufzubauen sind. Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stellen in Archangelsk ist zum Aufbau einer gemeinsamen Konzeption erforderlich. Entsprechende Wirtschaftsförderprogramme der Europäischen Union sind zu akquirieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich schon jetzt darauf hinweisen, dass wir insbesondere ein Augenmerk auf die Wirtschaftsförderung haben werden. Inzwischen befassen sich 3 Leute mit diesen Aufgaben, wenn auch in unterschiedlicher Weise, das sind Herr van Ellen, Herr de La Lanne und Herr Dr. Gerich. Die Aufgabentrennung und die zeitlichen Vorgaben für eine Umsetzung sind uns auch auf Nachfrage im VA nicht ganz klar geworden. Meine Fraktion wird zusammen mit unserem Kreisverband eine eigene Konzeption zur Wirtschaftsförderung ausarbeiten, die wir im Spätsommer vorstellen werden.

Zur Verlustabdeckung des **Schlachthofes** müssen jährlich 750 TDM zur Verfügung gestellt werden. Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, dass wir als einzige Fraktion den Bau im Jahre 1991, der rund 8 Mio/DM gekostet hat, aufgrund des sich bereits damals abzeichnenden Überangebotes an Schlachthäusern und des veränderten Kaufverhaltens abgelehnt haben. Euphorisch wurde ein Pachtvertrag mit der Norddeutschen Fleischzentrale über 15 Jahre abgeschlossen. Diese Firma zog sich bereits 1994 zurück, und die Küstenfleisch GmbH von Heinrich Osterhoff aus Bad Bramstedt übernahm den Betrieb. Diese Firma ging 1996 in Konkurs.

Der zwischenzeitlich erfolgten Neuverpachtung seit März 1999 an die Erzeugergemeinschaft Hümmling haben wir zugestimmt. Sollte sich allerdings nach Ablauf des dreijährigen Pachtvertrages hier keine einschneidende, positive Änderung bei den Pachtverträgen ergeben, und danach sieht es nach unseren Informationen nicht aus (Stichwort: lange Anfahrtswege aus dem Hümmling und die damit verbundenen Kosten), so bitten wir die Verwaltung schon jetzt, zu überprüfen, ob es nicht sinnvoller ist, das Schlachthaus zum Beispiel an einen VW-Zulieferer zu verkaufen oder zu verpachten. Natürlich müsste das Haus entkernt werden. Das kostet Geld, das wissen wir. Aber besser dieses einmal ausgeben, als jahrelang hohe Zuschüsse zahlen. Wenn wir diesem Zulieferer oder auch einer anderen Firma, welche ja auch Arbeitsplätze schaffen, dieses Gebäude dann zu ganz günstigen Konditionen überlassen, hätten wir je Jahr 750 TDM mehr im Stadtsäckel, die wir sinnvoller ausgeben könnten.

In diesem Zusammenhang ist es mehr als erfreulich, zu berichten, dass sich verschiedene Firmen neu in Emden angesiedelt haben. Wenn das **Gelände von Frisia und das mit Elektrodenpech verseuchte Gelände** im Hafen auch noch saniert werden könnten, dann hätten wir weitere erstklassige Flächen für Industrieansiedlungen anzubieten. Hier muss die Verwaltung weiterhin wegen Einbringung von Zuschüssen bzw. Sanierung der Hafentflächen in Hannover und Berlin am Ball bleiben.

Nicht zufrieden sind wir mit der Entwicklung des ehemaligen **Kasernengeländes**. Es ist ein Jammer, dass die Gebäude und Anlagen so vergammeln. Das erinnert stark an eine Ostblockmentalität, erst alles verrotten zu lassen, um dann später mit viel Geld alles wieder instand zu setzen. Der Gedanke, auf dem Gelände ein multifunktionales Sportstadion, welches dann auch von Kickers genutzt werden könnte, zu bauen, ist gut und sollte weiter verfolgt werden.

Zum Abschluss noch ein paar Worte zum Wirtschaftsplan und zur Zukunft des **Hans-Susemihi-Krankenhauses**.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Der Erfolgsplan schließt jeweils bei den Erträgen und bei den Aufwendungen mit 81.296 TDM ab, der Vermögensplan mit jeweils 9.019 TDM. Unsere jahrelange Forderung, die Attraktivität des Krankenhauses auch durch den Einbau von Nasszellen zu erhöhen, sozusagen auf Hotelstandard zu gehen, wird jetzt erfüllt. Nicht freuen können wir uns, dass die von der Verwaltung und auch von uns seit Jahren favorisierte Umwandlung in eine GmbH von der Mehrheitsfraktion bisher noch abgelehnt wird.

Wirtschaftlichkeit und Effizienz eines Krankenhauses werden - und das ist für die F.D.P.-Fraktion auch klar - aber nicht nur durch eine neue Rechtsform erreicht, sondern durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit hoher Qualifikation, sozialer Kompetenz, großem Einsatz und die sich mit ihrem Krankenhaus identifizieren. Wir sind sicher, dass wir diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserem Hans-Susemihl-Krankenhaus haben.

Zum Abschluss dieses Punktes - wir kommen später bei einem anderen Tagesordnungspunkt ja noch einmal auf das HSK zurück - sei bereits jetzt gesagt, dass es für meine Fraktion unabdingbar ist, dass die Stadt Emden auch in Zukunft ein Krankenhaus vorhält, welches die medizinische Grund- und Regelversorgung garantiert.

Insgesamt ist die F.D.P.-Fraktion sowohl mit der Art und Weise, wie zwischen den Fraktionen und dem Verwaltungsvorstand die Haushaltsberatungen abgelaufen sind, als auch mit dem Ergebnis - wir haben fast alle unsere Forderungen durchgesetzt - mehr als zufrieden.

Die F.D.P.-Fraktion wird dem Haushaltsplan des Jahres 2000 deshalb zustimmen.

Es wird eine Pause von 10 Minuten eingelegt.

(Die Herren Bolinius und Hegewald verlassen die Sitzung.)

Herr Haase geht auf die von Herrn Janßen angesprochenen Kürzungen durch das Land ein und weist darauf hin, dass es ganz normal sei, dass auch dort alle Maßnahmen auf den Prüfstand gestellt würden. Man könne nicht verlangen, dass die Landesregierung sich ständig weiter verschulde. Die Kommunalisierung der Kindertagesstätten sei bis vor 3 Jahren nicht nur von der SPD gefordert und umgesetzt worden, sondern auch von der CDU. Heute so zu tun, als ob sich das Land zurückziehe, sei falsch. Diese Mittel seien voll in den kommunalen Finanzausgleich eingestellt worden, was wiederum dazu geführt habe, dass man über einen nicht unerheblichen Nachtragshaushalt habe verhandeln können.

Dem Argument, dass es zu wenig Lehrer gebe, müsse er zustimmen, aber Ministerpräsident Gabriel habe dies zum zentralen Thema der nächsten Jahre erklärt und die Einstellung von weiteren 1.000 Lehrern zugesagt. Die Bildungspolitik sei das zentrale Element, die Zukunft zu gestalten und künftigen Generationen Perspektiven zu geben. Mit der Einführung der VGS, die von der CDU bekämpft worden sei, versuche man, eine bessere Lehrerversorgung an den Grundschulen zu erreichen.

Wenn weiterhin gesagt werde, dass im sozialen Bereich vonseiten des Landes ganz erhebliche Kürzungen vorgenommen worden seien, so sei das richtig, wenn damit die Bezuschussung einzelner Verbände und Vereine gemeint sei. Er könne dazu mitteilen, dass der Landesrechnungshof dem Land aufgegeben habe, keine Bezuschussung von Dingen, die nicht Landesaufgabe seien, mehr vorzunehmen. Dies sei im Übrigen auch von der CDU im Landtag abgesegnet worden.

Dass sich die SPD-Landesregierung nicht aus der Verantwortung zurückziehe, zeige sich an dem für Emden sehr positiven Ansatz "Soziale Stadt" mit der Sanierung des Stadtteils Barenburg, aber auch an vielen anderen Projekten wie z.B. dem Erweiterungsbau der OBW. Man könne schon sagen, dass in Emden eine Art Aufbruchstimmung herrsche.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Die Sanierung des Frisia-Geländes sei auf einem guten Wege. Im Hafen werde vom Land kräftig investiert, und bei der FHO sei mit dem Erweiterungsbau ebenfalls eine erhebliche Investition vorgenommen worden. Es herrsche also eine Hochstimmung, die man sich nicht durch eine zwangsweise notwendige Kritik vonseiten der Opposition kaputtreden lassen sollte.

Was die generelle Haushaltssituation angehe, so redeten viele vom Nachtrag, keiner wisse jedoch, wie sich die Finanzsituation entwickeln werde. Er gehe davon aus, dass der Kämmerer den Rat frühzeitig in Kenntnis setzen werde. Ebenso sei ungewiss, wie der Kommunale Finanzausgleich aussehen werde, zumal er in Bückeburg zur Entscheidung liege. Wer glaube, dass er in der Vergangenheit mit einer Klage besser gefahren wäre, der irre. Bei der Verteilung sei Emden immer gut weggekommen.

Zu der angesprochenen Situation bei VW möchte er sagen, dass man aufgrund der wenigen Informationen, die man habe, keine Schwarzmalerei betreiben, sondern in Ruhe die Nachrichten aus Wolfsburg abwarten sollte. Es sehe nicht so aus, als ob hier von heute auf morgen etwas zusammenbreche. Vor ein paar Tagen noch sei mit Hilfe von VW eine Existenzgründer-Offensive gestartet worden, von der die ganze Region profitieren könne. Es werde der richtige Weg beschritten, um den mittelständischen Bereich aufzubauen.

Man sollte froh darüber sein, dass das Gewerbesteueraufkommen in Emden nicht nur primär bei VW liege, sondern es durch eine florierende Hafenwirtschaft und die Ansiedlung von Zulieferbetrieben gelungen sei, weitere namhafte Gewerbesteuerzahler ins Boot zu bekommen. Die Finanzbasis sei eine breitere geworden, und diesem Umstand sei es zu verdanken, dass man heute das eine oder andere im Haushalt umsetzen könne.

Er finde es nicht in Ordnung, wenn der Vertreter der F.D.P.- Fraktion sich vor Ort hinstelle und die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform für die Kommunen beklage, auf der anderen Seite aber mit dem Kreisvorsitzenden eine Pressemitteilung formuliere, dass die Unternehmenssteuerreform nicht weit genug gehe und die Unternehmer nicht entlaste.

Mit der Einkommensteuerreform, von der die Lohnsteuerzahler betroffen seien, solle ein gewaltiges Programm in Gang gesetzt werden, das sowohl der Konjunktur- als auch der Beschäftigungsbelegung diene. Das sollte man in diesem Zusammenhang deutlich machen.

Herr Hellmann bemerkt, wenn jetzt davon gesprochen werde, dass seine Fraktion etwas fordere, was 3 Mio. DM koste, dann sei sie nicht richtig verstanden worden. Vielmehr habe sie gefordert, über den Rückbau der Busspur zu sprechen und die Kosten dafür zu ermitteln. Es gehe nicht um das gesamte Programm, das seinerzeit beschlossen worden sei, sondern die Busspur sei der einzige Punkt, der den Unmut seiner Fraktion hervorrufe. Das wolle man geändert wissen, wenn es möglich und finanzierbar sei.

Man könne sich nicht vorstellen, dass nur der Rückbau der Busspur das Zurückzahlen des gesamten Zuschusses zur Folge habe. Wenn man nach Durchführung einer Maßnahme erkenne, dass diese nicht richtig gewesen sei, dann müsse man doch in der Lage sein, die Entscheidung zu revidieren, zumal der Rat insgesamt mit der Busspur in dieser Form nicht einverstanden sei.

Herr Bongartz ergänzt, wenn hier der Eindruck entstanden sei, man wolle morgen die Busspur abschaffen, so sei das nicht richtig und auch gar nicht durchführbar. Es herrsche aber der Eindruck vor, als sei eine andere Busspur gebaut worden als beschlossen worden sei. Des Weiteren diskutiere man seit langem darüber, dass auch Taxen auf dieser Busspur fahren dürften. In anderen Städten sei dies längst der Fall, es müsste also auch in Emden möglich sein. Darüber wolle man reden.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Herr Grigull führt aus, wenn Herr Bolinius darauf hinweise, dass es an der Zeit sei, die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Partnerstadt Archangelsk zu verstärken, so möchte er dagegenhalten, dass die humanitäre Hilfe mindestens genauso wichtig sei wie eine Wirtschaftsförderung, die selbstverständlich auch kommen müsse.

Wer in Archangelsk gewesen sei wie die Mitglieder des Bürgervereins Port Arthur/Transvaal und viele Einzelpersonen, z.B. Herr Woldmer, der wisse, wie arm die Leute dort seien und woran es fehle. Es seien mehr als 30 Container an Gebrauchsgütern sowie jede Menge Schuhe, Unterwäsche und Textilien nach dort gegangen. Außerdem seien Schulen, Krankenhäuser und Heime ausgestattet worden. Diese Aktivitäten müssten auf jeden Fall fortgesetzt werden.

Herr Röttgers möchte sich zu Wort melden, weil hier unterstellt werde, dass falsche Auskünfte gegeben worden seien hinsichtlich der Busspur. Man rede mittlerweile 5 Jahre lang unentwegt über die Busspur. Es handele sich um eine Zuschussmaßnahme, die man mit einem Mosaikbild vergleichen könne. Dieses Mosaik setze sich aus vielen Einzelmaßnahmen zusammen, die aber das Gesamtbild der Maßnahme "Beschleunigung des öffentlichen Personennahverkehrs" (ÖPNV) ausmachten. Wenn man jetzt einzelne Mosaiksteinchen herausbreche, werde das Bild zerstört.

Für die Maßnahme ÖPNV sei ein Zuschuss von 2 Mio. DM gegeben worden mit einer Bindungsfrist von mindestens 5 Jahren. Wenn man vorher eine Maßnahme herausnehme oder verändere, müssten die 2 Mio. DM zurückgezahlt werden. So habe die Auskunft des Wirtschaftsministeriums vor einem Jahr gelautet, als Herr Bolinius erstmals eine entsprechende Anfrage gestellt habe. Daran habe sich nichts geändert. Wenn man das trotzdem durchziehen wolle, werde man nicht umhin können, einen Deckungsvorschlag zu machen, wie man diese Kosten tragen wolle.

Nach einer kurzen abschließenden Diskussion lässt **Herr Dr. Kleinschmidt** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2000.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 6: Vorlage 13/1060
Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2000

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt den Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2000

1. im Verwaltungshaushalt
in Einnahmen und Ausgaben mit je 893.500 DM
2. im Vermögenshaushalt
in Einnahmen und Ausgaben mit je 0 DM

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Punkt 7: Vorlage 13/1059
Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und des Hans-Susemihl-Krankenhauses bis 2003

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und des Hans-Susemihl-Krankenhauses bis 2003.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 8: Vorlage 13/1063
Produktbuch der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2000

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt das Produktbuch der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2000.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 9: Vorlage 13/922/2
Besetzung von Gremien;
Gesellschafterversammlung der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH

Beschluss: Der Rat stellt folgende Änderung in der Besetzung des nachstehenden Gremiums fest:

Gesellschafterversammlung der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH

für Frau Herta Everwien **Herr Horst Jahnke**

Ergebnis: einstimmig

Punkt 10: Vorlage 13/1102
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 1999

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt 11: Vorlage 13/1131/1
Bekanntgabe von Eilentscheidungen gemäß § 66 NGO

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Punkt 12: Vorlage 13/1140
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Schlachthof Emden GmbH für das Geschäftsjahr 1998

(Frau L. Meyer sowie die Herren Wessels und Groeneveld nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Auf die Frage von **Herrn Dr. Beisser**, weshalb diese Vorlage nicht im Rechnungsprüfungsausschuss behandelt worden sei, erwidert **Herr Hemken**, der Bericht habe zur RPA-Sitzung im November letzten Jahres noch nicht vorgelegen, was mit dem Wechsel in der Leitung des RPA sowie des Geschäftsführers im Schlachthof zu tun habe. Der VA habe seine Zustimmung gegeben, den direkten Weg VA und Rat zu wählen.

Der Bitte von **Herrn Renken**, dann wenigstens die Vorlage hier im Rat vorzutragen, wird von **Herr Hemken** entsprochen.

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Schlachthof Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 1998 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1998 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig
Befangen: 3

Punkt 13: Vorlage 13/1143
Änderung des Gesellschaftsvertrages der Schlachthof Emden GmbH

(Frau L. Meyer sowie die Herren Wessels und Groeneveld nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Schlachthof Emden GmbH werden beauftragt, dem Beschluss des Aufsichtsrates zuzustimmen und die Wertgrenze des § 8 Ziffer 4 e) des Gesellschaftsvertrages vom 22.06.1989 auf 30.000,00 DM zu erhöhen.

Ergebnis: einstimmig
Befangen: 3

Punkt 14: Vorlage 13/1123
Zusammenfassung der Straßen im östlichen Teilbereich des Bebauungsplangebietes D 138 (Wykhoffweg) zu einer Erschließungseinheit und Ablösung von Erschließungsbeiträgen

Beschluss: Die im östlichen Teilbereich des Bebauungsplangebietes D 138 geplanten Erschließungsanlagen (Hagebuttenweg, Buchsbaumweg und Liekeweg; in der Anlage 1 zur Vorlage 13/1123 dargestellt) werden zur gemeinsamen Aufwandsermittlung gem. § 130 Abs. 2 des BauGB zu einer Erschließungseinheit zusammengefasst.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Der Ablösung von Erschließungsbeiträgen für die Erschließungseinheit D 138 wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 15: Vorlage 13/412/3
Bebauungsplan D 67, X. Abschnitt (Siedlung Conrebbersweg, zwischen Hoher Weg und Eilsumer Reihe)
- Satzungsbeschluss (Stadium III)

Beschluss: Der Bebauungsplan D 67, X. Abschnitt (mit gestalterischen Festsetzungen) nebst Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 16: Vorlage 13/827/3
Bebauungsplan D 130 (Nesserland, Verkehrsanbindung Borkumkai/Außenhafen)
- Satzungsbeschluss (Stadium III)

Herr Röttgers erläutert die im Bereich Borkumkai/Außenhafen geplanten Maßnahmen, wie in der Vorlage ausführlich dargelegt. Die Lösung der planerischen Probleme hinsichtlich des Deich-, Eisenbahn-, Straßen-, Städtebau- sowie Denkmalrechts erfolge durch einen zusammenhängenden Bebauungsplan. Mit dem Nieders. Hafenamt sei zur Absicherung des Vorhabens ein städtebaulicher Vertrag geschlossen worden.

Die im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung sowie der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen und Bedenken, insbesondere in Bezug auf den Abriss des Zollgebäudes und die Betroffenheit des benachbarten Ems-Hotels, seien sehr ausführlich im Stadtplanungsausschuss behandelt worden. Es sei eine Abwägung vorgenommen worden, über die heute entschieden werden müsse.

Herr Bongartz führt aus, seine Fraktion habe sich im Stadtplanungsausschuss der Stimme enthalten und um Einsicht der Gutachten gebeten. In zukünftigen Fällen sollte den Fraktionen jeweils ein Exemplar zur Verfügung gestellt werden, um sich im Vorfeld damit auseinanderzusetzen zu können.

Dem Gutachten sei zu entnehmen, dass das Zollgebäude nicht mehr unter Denkmalschutz stehe und der Bescheid der Bezirksregierung auf Abbruch eingegangen sei. Es würden die Varianten dargestellt, die zur Disposition stünden, einmal mit und einmal ohne Zollhaus. Es sei abgewogen worden, und die Gutachten sprächen sich für die Variante aus, die den Abbruch des Zollgebäudes vorsehe, und diese sei auch im Stadtplanungsausschuss vorgestellt worden.

Dass sich der Eigentümer des Hotels während der Bauphase benachteiligt fühle, sei nachzuvollziehen, aber man könne ihm leider nicht hilfreich zur Seite stehen. Seine Fraktion sehe keine andere Möglichkeit, als so zu entscheiden wie geplant, nämlich mit Abriss des Zollhauses.

Nach Meinung von **Herrn Dr. Beisser** sind die Alternativen nicht ausreichend gegenübergestellt worden. Er bedauere, dass das Zollhaus, das nur knapp den Bomben des Krieges entgangen sei, nicht erhalten werden könne. Es sei schon merkwürdig, dass ein histori-

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

sches Gebäude bis Mitte November als Baudenkmal eingestuft werde und dann plötzlich diesen Baumaßnahmen geopfert werden solle.

Herr Leeker ist ebenfalls der Ansicht, dass die Gutachten früher zur Verfügung gestellt werden müssten oder zumindest darauf aufmerksam gemacht werden sollte, dass sie eingesehen werden könnten. Sie seien so umfangreich, dass man sie in der Kürze der Zeit nicht habe bewältigen können. Gleichwohl habe auch in seiner Fraktion wegen des Baudenkmals eine heftige Diskussion stattgefunden. Am Ende der Überlegungen sei man zu der Entscheidung gelangt, dass man diesem Entwurf zustimmen und das Ganze auf den Weg bringen sollte. Immerhin seien auch viele Menschen davon betroffen, die dort tätig würden.

Herr Renken erklärt, es sei keine leichte Entscheidung, weil man wisse, dass diese Verkehrsanbindung zum Ausbau des Borkumkais dazugehöre. Es seien aber auch durchaus Alternativen vorhanden gewesen, das Zollhaus zu erhalten. Wie Herr Dr. Beisser schon ausgeführt habe, müsse jedes Denkmal, von denen es nur noch sehr wenige gebe, erhalten werden. Beim Schlachthof sei das alte Direktorenhaus abgerissen worden, die Bebauung am Schwanenteich stelle einen erheblichen Eingriff in ein Kulturdenkmal dar, und jetzt komme der Abriss des Zollgebäudes hinzu.

Die Untere Denkmalschutzbehörde beharre auf ihrem Standpunkt, das Haus weiter unter Denkmalschutz zu stellen. Ihn wundere es nicht, dass die Bezirksregierung diesem Vorhaben zugestimmt habe, denn das Nieders. Hafenamts sei eine Behörde des Landes, und die Bezirksregierung sei im Auftrage des Landes tätig. Seine Fraktion finde es bedauerlich, dass es so gelaufen sei, und werde deshalb diese Planung ablehnen. Dies geschehe auch mit dem Hinweis da-rauf, dass unterschiedliche Maßstäbe angesetzt würden z.B. in Bezug auf den Nesserlander Friedhof.

Auf Rückfrage von **Herrn Woldmer** geht **Herr Röttgers** noch einmal auf die verschiedenen Varianten ein und erläutert das Auswahlssystem. Unter dem Strich sei die richtige Variante vorgeschlagen worden.

Herr Grigull bemerkt, man könne das alte Zollhaus schlecht vergleichen mit einem Friedhof als letztes Überbleibsel einer Ortschaft, wo Menschen begraben lägen aus dem 16. Jahrhundert. Der Friedhof sei auf jeden Fall wertvoller als ein ehemaliges Verwaltungsgebäude. Er sei überwiegend vom Bürgerverein Port Arthur/ Transvaal und von Schulklassen der Dollartschule hergerichtet worden, leider jedoch immer wieder verwahrlost. Kulturdenkmäler sollten nicht beseitigt, sondern gepflegt werden. Deshalb sei das Anliegen an die Stadt gerichtet, darüber nachzudenken, Kulturdenkmäler besser zu behandeln.

Beschluss: Die in der Anlage zur Vorlage 13/827/3 beigefügten Anregungen 1.1 - 1.9 und 3 werden nicht berücksichtigt, die Anregung 4 wird berücksichtigt.

Der Bebauungsplan D 130 nebst Begründung wird als Satzung gemäß § 10 BauGB beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dagegen: 5

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Punkt 17: Vorlage 13/1139
Gründung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) "Bündnis für die Innenstadt"

Herr Röttgers führt aus, dem Oberbürgermeister sei es nach einem langen Diskussionsprozess gelungen, den Einzelhandel und die Wirtschaft an einen Tisch zu bekommen und sich gemeinsam darauf zu verständigen, das Bündnis für die Innenstadt zu gründen.

Es sei zunächst eine Art Probephase festgelegt worden, indem man die Gesellschaftsform einer GbR statt einer GmbH gewählt und in dem Gesellschaftsvertrag die Gefahren des Haftungsrisikos ausgewiesen habe. Jedenfalls sei es jetzt gelungen, vorbehaltlich der Zustimmung der anderen Bündnispartner, zu einem Vertrag zu kommen mit dem Ziel, alle Kräfte zu bündeln zum Wohle der Innenstadt.

Herr Röttgers zitiert sodann einige Passagen aus dem Gesellschaftsvertrag, der den Ratsmitgliedern vorliegt, insbesondere bezüglich des Gesellschaftszweckes und verweist auf den Haushalt für das Jahr 2000, der in Einnahmen und Ausgaben mit jeweils 132.200 DM veranschlagt worden sei.

Herr Hellmann erinnert an die bereits vor Jahren gegründeten Aktionen in der Innenstadt bis hin zum Stadtmarketing, das viel Geld gekostet und sich ebenfalls zum Ziel gesetzt habe, die Kräfte zu bündeln. Man habe damals die Hoffnung gehabt, ein Instrument zu besitzen, mit welchem Emden vorwärts komme.

Was ihn zornig mache, sei die Tatsache, dass im Grunde dieselben Leute in dieser neuen Organisation an der Spitze stünden und wieder die Kräfte bündeln wollten. Er frage sich, weshalb diese sich nicht damals genauso vehement in die alte Organisation eingebracht hätten.

Man könne nur hoffen, dass jetzt tatsächlich etwas passiere, wobei man nicht dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Gerich, die Arbeit allein überlassen dürfe, sondern die Gesellschafter selbst müssten Motor sein. Er werde der Vorlage zustimmen.

Herr Bongartz hält den in § 2 genannten Zweck der Gesellschaft, die Stadt Emden als Wirtschafts-, Handels- und Kulturstandort zu stärken, für nicht ganz richtig. Seiner Meinung nach sollte die Innenstadt Emdens als Wirtschafts-, Handels- und Kulturstandort ausgebaut werden. Man sollte deshalb zum Ausdruck bringen, dass durch dieses Bündnis die Innenstadt gestärkt werden solle.

Herr Züchner weist darauf hin, dass es in der Begründung der Vorlage unter 4. Nachschusspflicht und unter 5. Einstimmigkeitsprinzip heißen müsse.

Herr Woldmer bittet darum, dass der Geschäftsführer vorgestellt werde.

Nach Meinung von **Herrn Leeker** sollte man noch einmal einen Neuanfang wagen, auch wenn man eine leidvolle Geschichte hinter sich habe, und dieser Vorlage zustimmen.

Beschluss:

1. Die Stadt Emden tritt der Gesellschaft GbR "Bündnis für die Innenstadt" (BFDI) bei.
2. Der Rat benennt als Vertreter der Stadt für die Gesellschafterversammlung der GbR "Bündnis für die Innenstadt" (BFDI):

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Punkt 18: Vorlage 13/1124
2. Satzung zur Änderung der Satzung vom 03.07.1997 über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Stadt Emden außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 13/1124 als Anlage beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung vom 03.07.1997 über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Stadt Emden außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 19: A n t r ä g e

1. Vorlage 13/917/1
Ermäßigung der Friedhofsgebühren;
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, der F.D.P. und Bündnis 90/Die Grünen vom 03.02.2000

Herr Leeker erinnert daran, dass man sich seit Jahren darum bemühe, sowohl die Zustände auf dem Friedhof als auch die Gebühren zu ändern. Letztere seien im Rahmen der Haushaltskonsolidierung doch wohl etwas zu hoch angesetzt worden. Allerdings sei mit der Änderung der Gebührenordnung auch ein beträchtliches Defizit von immerhin 150.000 DM verbunden, das an anderer Stelle eingespart werden müsse. Die Gräber auf den städtischen Friedhöfen müssten aber wieder bezahlbar werden, und das hätten die Fraktionen gemeinsam beantragt.

Herr Janßen stimmt seinem Vorredner uneingeschränkt zu. Die anderen Fraktionen schließen sich an.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 13/917/1 als Anlage beigefügte 13. Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für die Friedhöfe der Stadt Emden.

Ergebnis: einstimmig

2. Vorlage 13/907/2
Rechtsformänderung des Krankenhauses;
Antrag der SPD-Fraktion

Herr Leeker führt aus, in der Ratssitzung am 16.12.1999 sei dieser Punkt ausführlich behandelt worden, so dass es sich erübrige, die vorgetragenen Argumente zu wiederholen. Er weise allerdings darauf hin, dass durch die Zurückstellung des SPD-Antrages aus formellen Gründen einige Zeit verloren gegangen sei und man jetzt damit beginnen sollte, die Situation des Krankenhauses zu überdenken, nicht nur hinsichtlich der Rechtsform, sondern auch der inhaltlichen Entwicklung. Er hoffe dabei auf die intensive Mitarbeit aller Fraktionen, um das Ziel zu erreichen, ein Krankenhaus zu haben, das alle Ansprüche erfülle.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Herr Bongartz erklärt, dass man ein Krankenhaus haben wolle, das über die Grundversorgung hinaus Leistungen erbringe, darüber seien sich alle einig. Seine Fraktion vertrete eine unterschiedliche Auffassung darüber, wie man den Bestand und den Qualitätsstandard des Krankenhauses auf Dauer sichern könne.

Während die SPD-Fraktion es mit einem Eigenbetrieb versuchen wolle, möchte seine Fraktion unter Berücksichtigung des neuen Steuerungsmodells einen modernen Betrieb in Form einer GmbH daraus machen, wie das in anderen Städten bereits funktioniere. Sie sei damit bei der Abstimmung im Fachausschuss unterlegen, werde jedoch in der Projektgruppe mitarbeiten, um das Beste zu erreichen.

Herr Dr. Beisser teilt mit, seine Fraktion habe nie ein Hehl daraus gemacht, dass ihr die Umwandlung in eine GmbH sehr am Herzen liege. Sie betrachte die Form des Eigenbetriebes nur als eine vorläufige Lösung, weil man auch mit anderen Krankenhäusern eng zusammenarbeiten wolle. Man werde selbstverständlich kooperativ in dieser Projektgruppe mitwirken. Er werde sich heute der Stimme enthalten.

Herr Renken bemerkt, seine Fraktion habe sich immer für diese Lösung ausgesprochen und werde ihr auch zustimmen.

Herr Leeker weist darauf hin, dass in der Sitzung des Krankenhausausschusses am 02.02.2000 Vorschläge über die Zusammensetzung der Projektgruppe gemacht worden seien. Die Personen müssten noch von den Fraktionen benannt werden.

Herr Dr. Kleinschmidt lässt über die Beschlussempfehlung des Krankenhausausschusses abstimmen.

Abweichender

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die sofortige Umwandlung des bisher als Regiebetrieb geführten Emdener Krankenhauses in einen Eigenbetrieb mit größtmöglicher Selbständigkeit im Rahmen der NGO.

Zugleich wird eine Projektgruppe durch Ratsbeschluss eingesetzt, die den organisatorischen Weg des Eigenbetriebes und die inhaltliche Entwicklung des Krankenhauses begleiten soll und ggf. die weiteren Vorteile einer GmbH-Lösung ausarbeitet. Die Frist für die Erledigung beträgt ein Jahr.

Dieser Projektgruppe gehören an:

- 6 Vertreter aller im Rat vertretenen Parteien nach NGO
- 2 Vertreter der Stadtverwaltung und des Krankenhauses
- 1 Vertreter der ÖTV
- 3 Vertreter des Gesamt- und Krankenhauspersonalrates
- bei Bedarf externe Experten (u. a. aus der Fachhochschule Ostfriesland)

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dagegen: 6

Enthalt.: 1

3. Vorlage 13/1145

Auswirkungen der geplanten Erhöhung der Erbschaftsteuer auf den Wohnungsmarkt und kleine und mittlere Familienbetriebe in Emden;
Antrag der F.D.P.-Ratsfraktion vom 04.02.2000

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

Herr Dr. Beisser führt aus, entgegen der Meinung der Verwaltung, dass der Rat in dieser Angelegenheit nicht zuständig sei, habe seine Fraktion vom Nieders. Städtetag die Auskunft erhalten, dass der Antrag sehr wohl zulässig sei.

Herr Hemken wiederholt die Meinung der Verwaltung, dass der Antrag sich mit den Auswirkungen eines Bundesgesetzes befasse und damit außerhalb der Beschlusskompetenz der Stadt Emden liege. Darüber hinaus sei es äußerst schwierig, die Auswirkungen der geplanten Erbschaftssteuerverhöhung wie in dem Antrag gewünscht festzustellen, denn das gehe in Dinge hinein, die man nicht so ohne weiteres auf die Stadt beziehen und errechnen könne.

Herr Dr. Kleinschmidt lässt über den Antrag der F.D.P.-Fraktion abstimmen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beauftragt die Verwaltung, die Auswirkungen der geplanten Erhöhung der Erbschaftsteuer auf den Wohnungsmarkt und auf kleine und mittlere Familienbetriebe in Emden darzustellen. Dabei ist insbesondere auf

- den Bestand von Wohnungen,
- die Stabilität von Mieten,
- den Neubau von Wohnungen und Einfamilienhäusern und
- den Erhalt von Arbeitsplätzen

einzugehen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt
Dafür: 1
Enthalt.: 3

4. Vorlage 13/1152
Berichterstattung durch die Frauenbeauftragte;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.02.2000

Frau Schmidt-Reinders trägt vor, bekanntlich habe ihre Fraktion im vergangenen Jahr eine Anfrage zur Umsetzung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes an die Verwaltung gestellt, um in Erfahrung zu bringen, welche Maßnahmen vonseiten der Verwaltung getroffen worden seien.

Die Beantwortung der Anfrage zeige auf, dass die Umsetzung des Gesetzes mit der Schaffung einer Frauenbeauftragten institutionalisiert worden sei. Ihre Beteiligung bei frauenrelevanten Entscheidungsfindungen müsse dem Gesetz genügen. Alle anderen Maßnahmen wie Personalentwicklungspläne, Teilbarkeitsstudien von Arbeitsstellen, spezielle Schulungen etc. würden nicht in ausreichendem Maße realisiert.

Dies zeige, welche Bedeutung die Frauenbeauftragte in der Stadtverwaltung einnehme. Ihre Fraktion halte es daher für unerlässlich, ihre Position durch den Rat zu stärken. Sie möchte ihr mit diesem Antrag ein Instrumentarium geben, den Rat mit einzubeziehen. Gleichzeitig sei ein Bericht für die Aufgabe der Zielerarbeitung im Sinne der Verwaltungsreform notwendig.

Sie bitte deshalb um Unterstützung dieses Antrages.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 24.02.2000

- Beschluss:
1. Die Frauenbeauftragte legt gem. § 5 a Abs. 6 NGO dem Rat jährlich einen Bericht über ihre Tätigkeit vor. Der erste Bericht ist für das Jahr 1999 vorzulegen.
 2. Die Frauenbeauftragte legt dem Rat einen Richtlinienentwurf gemäß § 5 a Abs. 4 NGO vor.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 20: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Röttgers möchte den Rat darüber informieren, dass die Anträge der Grundschulen Emsschule, Schule Nesserland und Schule Petkum/Widdelswehr auf Anerkennung als Verlässliche Grundschule genehmigt worden seien.

Anfragen der Zuhörer zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21.05 Uhr.